



PERSONALRATSWAHLEN 2016



Feuerwehr

Ende des Jahres werden auch bei der Feuerwehr neue Personalräte gewählt. Eine Chance, die es zu nutzen gilt und bei der die Wahl auf diejenigen fallen sollte, die mit großem persönlichen Engagement für die Interessen vieler eintreten. Es gibt zahlreiche Brandherde, die noch immer nicht gelöscht wurden.



Großeinsatz nach einem Brand in der Grünberger Straße.

Foto: Spreepicture

Personal fehlt an allen Ecken

Die einzelnen Bereiche bei der Feuerwehr wurden in den letzten Jahren personalmäßig kaputt gespart. Das Einsatzaufkommen steigt stetig, die Fortbildungsnotwendigkeit aufgrund neuer Lagen ebenso. Die Arbeitsverdichtung auf den Feuerwachen und Stützpunkten wurde einfach ignoriert, die Kolleginnen und Kollegen damit allein gelassen. Die Probleme sind auch bei der Rettungsdienst Akademie (BFRA) zu spüren. Unterrichte in der Ausbildung werden durch Beschäftigungstherapien und Selbststudienphasen ersetzt. Lehrgänge fallen reihenweise aus oder finden in den Direktionen statt. Das spiegelt sich in den Einsätzen wider. Zu Zeiten des Berliner Löschzugs gab es noch keine Atemschutzzeugsatzführung, kein ANT und keinen Digitalfunk. Einzelne Veränderungen haben die Sicherheit erhöht, doch wirklich besser läuft es nicht. Wir haben zwar zwei Funktionen mehr mit an Bord, die Organisation aber ist sehr problematisch. Die Fahrzeuge kommen aus unterschiedlichen Richtungen, zu unterschiedlichen Zeiten am Einsatzort an. Man

kennt sich nicht, der Aus- und Fortbildungsstand variiert. Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung ist Teamarbeit. Diese muss wie ein Uhrwerk funktionieren. Hängt auch nur ein Zahnrad, kann das Leben kosten.

Schlechte Ausrüstung und grauenvolle Infrastruktur

Die Feuerwachen, Stützpunkte, Gerätehäuser, Lager, Werkstätten, BFRA und Verwaltungsgebäude befinden sich zu großen Teilen in einem erbärmlichen Zustand. Wenn durch eine Decke Wasser läuft, hilft kein Pflaster. Das heilt auch nicht, wenn man es aussitzt. Der Schaden und die Kosten werden immer größer. Verschiedene Wachen und deren Haustechnik stammen aus einer Zeit, als es drei mechanische Schreibmaschinen und einen Fernschreiber gab. Da sollte ein Neubau ein erwarteter Segen sein. Dumm nur, wenn dieser an vielen Ecken zu klein geraten ist und nachjustiert werden muss, was Zeit und Geld kostet. Beides haben wir nicht, denn der Rettungsdienst kann nicht warten. Die BFRA platzt aus allen Nähten, die Schulungsräume sind rar gesät und zu klein. Heizung und

warmes Wasser sind oft nicht vorhanden, Sonnenschutz wenn überhaupt durch Vegetation gegeben. Die sukzessive Erneuerung des Fuhrparks hängt um Jahre hinterher, was mit einem erhöhten Wartungs- und Reparaturaufwand verbunden ist. Die Mitarbeiter der Werkstatt verbringen wahre Wunder und peppeln manchmal sogar echte Urgesteine auf. Improvisieren heißt das Stichwort. Da wird das Reservefahrzeug schon mal zum Überraschungsei. Der Spaß bleibt aber auf der Strecke.

Primus bei Einsätzen, Schlusslicht bei der Besoldung

In 2015 haben die Gebühreneinnahmen der Feuerwehr die erwarteten Einnahmen um zehn Millionen Euro übertroffen. Da der veranschlagte Feuerwehrhaushalt nicht ausreichte, mussten rund fünf Millionen nachfinanziert werden. Was mit der anderen Hälfte geschehen ist, weiß niemand. Wir sind in den Alarmierungen Primus, betreiben die meisten Forschungsprojekte. Im Besoldungsranking aber liegen wir auf dem letzten Platz. In Verbindung mit den widrigen Bedingungen ist das der Grund, warum wir jüngere und ältere Feuerwehrleute verlieren. Klar bei 350 Euro mehr im Monat. Augenblicklich gibt es keine ernsthaften Bestrebungen des Senates, dieses Missverhältnis zu beseitigen. Schaut man auf die prekäre Ausbildungssituation und die bevorstehende Pensionswelle, wird es schwer, das aufzufangen, wenn sich nicht grundlegend etwas ändert.

Oliver Mertens



Rettungseinsatz nach schwerem Unfall in Friedrichshain.

Foto: Spreepicture



Das LABO im Umbruch



Liebe Leser,

das Schießtraining ist seit Jahren ein Problem für die Berliner Polizei und wird sicherlich noch eine Weile eines bleiben. Dass über Jahre Gesundheits- und Arbeitsschutz in den Berliner Behörden nicht wirklich betrieben wurde, ist uns allen bekannt. Wenn Personalräte auf der dienstlichen Ebene auf Probleme hinwiesen, scheiterte es immer an notwendigen Geldern. Auch unsere Politiker nahmen dieses Thema nicht ernst. Wohin das führt, kann man beim Artikel „Kein scharfer Schuss – Einsatztraining wie auf der Playstation“ lesen. Wir hoffen auch, dass die Interviews mit den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, unserem „Neuen“ Benedikt Lux, Bündnis 90/ Die Grünen, und Tom Schreiber, SPD, auf Euer Interesse stoßen.

**Viel Spaß beim Lesen,
Euer Detlef Herrmann**

Jahrelang galt es als Maxime, überall zu sparen bis es quietscht. Nicht erst seit heute ist bekannt, dass wir in einer wachsenden Stadt leben. Die Verwaltung aber wächst nicht mit.

Von 2004 bis 2014 wurden im LABO 150 Stellen abgebaut. Bis zum Ende dieses Jahres geht das so weiter, der Personalbestand soll aufgabengerecht reduziert werden und dabei eine angemessene Arbeitsfähigkeit erhalten bleiben. In der Realität sieht das anders aus. Personal wurde abgebaut, Aufgaben kamen dazu. Ab 2017 soll dann wieder mehr eingestellt werden, weil viele altersbedingt ausscheiden werden. Der Senat wollte seit einigen Jahren ein Personalbedarfskonzept erstellen. Nun schaffen die vielen Zuziehenden in Berlin neue Fakten. Auch durch den rasanten Anstieg von Flüchtlingen mussten und müssen wir reagieren. Für langwierige Planungsphasen fehlt die Zeit. Ein Wunder, dass unsere Behörde überhaupt noch leistungsfähig ist.

Die steigende Belastung führt zu großen Personallücken

Als Frauenvertreterin habe ich mein Ohr an der Basis, erlebe, was das strikte Sparen bei uns angerichtet hat. Niemand hat vor den festgelegten Quoten zum Personalabbau nach dem Arbeitsanfall gefragt. Die Folge sind immer mehr Beschäftigte, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand gehen. Auch die Fälle, bei denen die Dienstfähigkeit nach vielen Jahren Tätigkeit in publikumsintensiven Bereichen eingeschränkt ist, häufen sich. Die Einstellung von Nachwuchskräften nach bestandener Prüfung füllt die entstehenden Lücken nicht auf. Es ist eine Farce, dass Staatssekretär Krömer im landesweiten Gesundheitsforum über die Bedeutung des Gesundheitsmanagements spricht, der für die Aufgaben notwendige Personalschlüssel aber nicht mal annähernd erreicht wird.

Wir wollen jetzt Taten sehen!

Absichtserklärungen sind schön und gut, helfen aber nicht. Wir brauchen endlich in allen Bereichen mehr Personal. Es ist nicht zu verstehen, dass detailliert begründete Forderungen immer wieder abgewiesen wurden.



Barbara Prasch Foto: Sabeth Stickforth

Die Besoldung in Berlin ist nicht attraktiv. Wie steht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Wir können alternierende Telearbeit nur in begrenztem Umfang anbieten. Die Gestaltung der Arbeitszeit ist durch die Öffnungszeiten eingeschränkt. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind heute für Mütter und Väter wichtig. Außerdem müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, in denen die Pflege von Angehörigen möglich ist. Die Personalplanung muss die Vertretung von Beschäftigten in Elternzeit zulassen. Das geht nur mit Außeneinstellungen.

Die Behörde muss attraktiv bleiben

Durch die Altersstruktur steigt die Zahl der frei werdenden Stellen, die nun auch ausgeschrieben werden können. Die führt zunehmend zu einem Wettbewerb zwischen den Behörden. Sowohl den langfristig im LABO Beschäftigten als auch den Nachwuchskräften stehen immer mehr Möglichkeiten offen. Da gilt es als Behörde attraktiv zu bleiben. Hierzu gehört u. a. die Gestaltung der Arbeitszeiten. Da stoßen wir an Grenzen wegen der Öffnungszeiten. Für das LABO sprechen die flachen Hierarchien, die viel Raum für selbstständiges Arbeiten bieten. Auch das Betriebsklima sorgt für eine gute Arbeitsatmosphäre. Doch der weiter steigende Arbeitsdruck wirkt sich auf die Kolleginnen und Kollegen immer mehr als psychische Belastung aus.

Wir brauchen keine Wahlversprechen. Wir wollen Taten sehen – jetzt!

Barbara Prasch



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP.Landesbezirk@gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Michael Laube (V.i.S.d.P.)
Handy-Nr. 01 72/7 51 38 22
E-Mail: laube@gdp-berlin.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



THEMA DES MONATS

500 000 Euro für behördlichen Rechtsschutz!

Ein Polizist betritt einen Kiosk, in dem ein Mann randaliert. Es gelingt ihm, dem Gegenüber das Messer zu entwenden. Auch die Festnahme erfolgt problemlos, der Kollege hat Recht und Gesetz durchgesetzt. Der Randalierer aber klagt plötzlich über Armschmerzen, brüllt, er werde ihn anzeigen. Genau das tut er dann auch und der Polizist ist auf sich allein gestellt. Sein Dienstherr lässt ihn im Regen stehen.



Nach Festnahmen wie dieser am Kottbusser Tor werden immer wieder Strafanzeigen gegen Beamte erstattet.

Foto: Spreepicture

Unser Beruf bringt viele Risiken mit sich. Wir sind diejenigen, die Recht und Gesetz durchzusetzen haben – notfalls mit Zwang. Wir entscheiden binnen Bruchteilen von Sekunden, wägen ab, sprechen uns ab und vollziehen Eingriffsmaßnahmen. Ob unsere Maßnahmen korrekt waren, bewerten Juristen nach monatelanger Beratung. Stellvertretend für unseren Dienstherrn werden wir von all denen, die ihren Hass auf Staat und Gesellschaft zelebrieren wollen, beleidigt, bespuckt und angegriffen. Doch wenn wir rechtlichen Beistand benötigen, um uns gegen einen Vorwurf zur Wehr zu setzen oder nach einem erlittenen Angriff Schmerzensgeld zu erlangen, zeigt uns der Dienstherr die kalte Schulter. Für den Dienstherrn stellvertretend kassierte Schläge oder für ihn vollzogene Maßnahmen zu verteidigen – das ist reine Privatsache!

Behördlicher Rechtsschutz nur auf Darlehensbasis

Es gibt auf dem Papier den behördlichen Rechtsschutz. Doch er ist praktisch bedeutungslos. Geregelt wird er in den Rundschreiben der Senatsinnenverwaltung R Nr. 75/2002 sowie der Polizei Stab PPr Nr. 2/2003. Schmerzensgeld lässt sich durch ihn überhaupt nicht geltend machen. In Strafsachen wird behördlicher Rechtsschutz nur auf Darlehensbasis gewährt. Auf den Kosten bleibt die Dienstkraft privat sitzen. Deshalb wird allen Beschäftigten ausdrücklich empfohlen, sich um eine entsprechende private Absicherung (z. B. mittels Versicherung oder Gewerkschaftsmitgliedschaft) zu kümmern.

Im Doppelhaushalt 2014/2015 waren vom Senat mickrige 39 400 Euro für behördlichen Rechtsschutz veranschlagt. Für den Doppelhaushalt 2016/2017 noch mal 5200 Euro weniger. Viel zu wenig. Das haben die Fraktionen von SPD und CDU erkannt und im Abgeordnetenhaus satte 500 000 Euro aus dem Haushalt für behördlichen Rechtsschutz bereitgestellt, was von der GdP mit großem Wohlwollen aufgenommen wurde.

Schmerzensgeld geltend zu machen bleibt Privatsache

Der Entwurf für die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen wurde mit Spannung erwartet. Er ist eine herbe Enttäuschung. Im Gesetzentwurf für § 74 a LBG Berlin zur Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen ist im Gegensatz zu aktuellen Versprechungen der CDU keine Rede mehr davon, dass es bereits für die Geltendmachung von Schmerzensgeld behördlichen Rechtsschutz geben wird. Vielmehr geht es in dem Gesetz darum, dass der Dienstherr

der verletzten Dienstkraft den Schmerzensgeldtitel „abkauft“. Das bedeutet: Schmerzensgeld geltend zu machen bleibt Privatsache. Wenn der oder die Beamte auf private Kosten einen Schmerzensgeldtitel erwirkt hat, mindestens zweimal probierte, ihn mittels Pfändung einzutreiben und der Anspruch auf Schmerzensgeld bereits wenigstens zwei Jahre alt ist sowie mindestens 500 Euro beträgt, kommt für den Dienstherrn eine Übernahme des Schmerzensgeldes in Betracht. Allerdings nur der Schmerzensgeldbetrag, nicht jedoch Anwalts-, Gerichts- und Vollstreckungskosten, die bis zu diesem Zeitpunkt mindestens einen hohen dreistelligen Betrag ergeben dürften. Ein Nullsummenspiel.

So wird der behördliche Rechtsschutz in der Realität weiterhin keine Relevanz haben und nur in Einzelfällen für die Dienstkräfte des Landes Berlin nutzbar sein. Die GdP wird weiterhin deutlich machen, dass die Fürsorgepflicht ab der ersten Sekunde gelten muss und einen behördlichen Rechtsschutz einfordern, der seinen Namen verdient.

Steve Feldmann

Grundlagen für richtigen behördlichen Rechtsschutz

- In allen Fällen rechtswidriger Gewalttaten, die sich gegen Beschäftigte des Landes Berlin in deren Eigenschaft als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung richten, stellt die jeweilige Dienststelle einen Strafantrag.
- Der betroffenen Dienstkraft wird behördlicher Rechtsschutz ohne eigene Kostenbeteiligung zur Durchsetzung von Schmerzensgeldansprüchen im Adhäsionsverfahren oder Zivilrechtsverfahren gewährt.
- Erlangt ein Schmerzensgeldanspruch Rechtskraft, wird dieser ohne weiteren Verzug vom Land Berlin übernommen und ausgezahlt. Über eine Weiterbetreibung des Verfahrens muss nach Maßgabe der Wirtschaftlichkeit entschieden werden.



Eine moderne und weltoffene Polizei

Benedikt Lux (34) ist seit 2012 Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im Abgeordnetenhaus und Vorsitzender im Verfassungsschutz-Ausschuss. Der gelernte Rechtsanwalt und zweifache Vater plädiert für flachere Hierarchien und mehr Mitbestimmung. Den Umgang mit den Schießständen sieht das neue GdP-Mitglied als einen der größten Polizeiskandale der letzten Jahre.



Benedikt Lux Foto: B90/Die Grünen

DP: Herr Lux, wie bewerten Sie den Ist-Stand bei der Berliner Verwaltung?

Lux: Sie ist noch aus der Zeit gefallen, hätte längst mit der Stadt mitwachsen müssen. Die Kriminalität steigt, da müssen gerade die Vollzugsorgane aufholen. Gemäß der Umstände funktionieren sie noch ganz gut, weil die Beschäftigten sehr gute Arbeit leisten. Polizei und Feuerwehr sind aber mit den zunehmenden Einsatzzahlen und Aufgaben deutlich überlastet. An den Bürgerämtern ist es am schlimmsten.

„Zentralisierung ging zulasten der Bürger“

DP: Wie könnte man die Situation verbessern?

Lux: Man sollte besser aufstellen, aber auch schauen, wo Stellen Sinn machen. Das bedarf einer intensive Aufgabenkritik. Die Anzahl an lästigen Vorsprachen am Bürgeramt kann man mit einer zentralen Anlaufstelle und einem Onlinebürgeramt minimieren. Ef-

ektivierung ist auch bei Polizei und Feuerwehr möglich. Die Zentralisierung ging zulasten der Bürger. Die vielen Projekt-, Schreiber- und Überlegungsgruppen bringen nach außen sehr wenig. Der öffentliche Dienst muss flexibler sein und dafür besser bezahlt werden. Zudem benötigen wir Nachbesserungen im technischen und infrastrukturellen Bereich.

DP: Wie steht Benedikt Lux zu Bodycams und Tasern?

Lux: Das Thema „Unmittelbarer Zwang und Zwangsmittel“ würde ich in einem Arbeitskreis diskutieren. Wir haben ein Gesetz, das aus den 70er-Jahren stammt und den Schusswaffengebrauch höchst rechtsunsicher definiert. Man verlangt vom Polizisten, dass er jede Situation subjektiv richtig einschätzt. Das kann niemand leisten. Vielleicht lässt sich mit Tasern in manchen Einsätzen die Schusswaffe ersetzen, flächendeckend macht es keinen Sinn. Das gilt für Bodycams genauso. Entscheidend ist Eigensicherung und ein hohes Maß an Konzentration, bei jedem Einsatz – an jeder Tür.

„Einer der größten Polizeiskandale der letzten Jahre“

DP: Sprechen wir mal kurz über den Digitalfunk und die Schießstände!

Lux: Der Digitalfunk funktioniert nicht, er deckt Berlin nicht ab, geht in Bahnhöfen ebenso wenig wie in der Rigaer Straße und in vielen anderen Gebäuden. Diese Löcher darf es nicht geben. Wien ist kleiner, hat aber dreimal so viele Basisstationen. Hier muss nachgerüstet werden. Beim Schießtraining hat der Dienstherr seine Fürsorgepflicht massiv missachtet. Er will Sicherheit für die Bürger gewährleisten, die eigenen Leute aber werden unnötigen Gefahren ausgesetzt, sodass es am Ende womöglich Tote gab. Das ist für mich einer der größten Polizeiskandale der letzten Jahre.

DP: Wo sehen Sie derzeit die größten Probleme der inneren Sicherheit?

Lux: Es gibt wenig Schlimmeres als Opfer von Gewalt zu werden. Politisch gesehen steht der dschihadistische Terrorismus im Fokus. Die aktuelle Taktik, in einem sehr frühen Stadium zu reagieren, ist gut. Rechtsextremismus muss man beobachten. Es ist eine Gefahr für unser Zusammenleben,

wenn sich Bürgerwehren um stadtbekanntes Neonazis bilden. Beim Linksextremismus bedarf es mehr Ruhe, um intensiver ermitteln zu können. Symbolische Akte bringen nichts. Wir benötigen Ermittlungserfolge, brauchen die wenigen Verantwortlichen, nicht die ganzen Mitläufer. Bei der OK müssen wir deutlich mehr Vermögen abschöpfen, um etwa Clans und Rockern die Gewinne aus schmutzigen Geschäften zu entziehen.

„Wir brauchen einen besseren Führungsstil“

DP: Was halten Sie Feuerwehrleuten und Polizisten entgegen, wenn sie wegen schlechterer Bezahlung in andere Länder wechseln?

Lux: Wir werden bei der Besoldung schrittweise aufholen müssen. Man muss Berlin schon lieben, um hier zu bleiben und die spannenderen Lagen als Herausforderung annehmen. Wir müssen unbedingt die Ausbildungskapazitäten hochfahren und Arbeitszeiten, Familienfreundlichkeit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz verbessern. Spezialisierungen sind nötig, da auch die Kriminalität sich weiter spezialisiert. Im Generationswechsel sehe ich eine riesige Chance, die Polizei noch moderner und weltoffener zu gestalten. Wir brauchen einen besseren Führungsstil.

DP: Die Situation ist bei der Feuerwehr nicht anders ...

Lux: Rettungssanitäter müssen besser bezahlt werden. Ich habe mir vor Kurzem mal die Zahlen der Feuerwehrgebühren angesehen. Hier besteht durch die Einnahmen Spielraum. Mit dem erzielten Überschuss könnte man viel besser bezahlen und zusätzliche Helfer einstellen. Ein anderer Hebel ist das Notfallsanitätergesetz. Die Qualifikation der Rettungssanitäter muss man erhöhen und entsprechend belohnen.

DP: Sie sind vor Kurzem in die GdP eingetreten – ein Wahlkampfgag?

Lux: Nein. Gerade in diesen Zeiten bin ich froh, wenn die größte deutsche Polizeigewerkschaft nicht hysterisch skandalisiert, Alarm schreit und mit den Wölfen heult, sondern besonnen und lösungsorientiert die Politik auf Probleme aufmerksam macht. Auch wenn wir nicht überall die gleiche Meinung haben, bin ich der GdP für diese Zusammenarbeit sehr dankbar.



MEINE IDEEN FÜR BERLINS ZUKUNFT

Masterplan für die Innere Sicherheit



Tom Schreiber gilt als angriffslustiger Innenpolitiker in der SPD. Er legt den Fokus mehr denn je auf die Bekämpfung der Kriminalität in der Hauptstadt. Der 37-Jährige hat bereits in vielen Bereichen hospitiert und sich so ein umfassendes Bild der vielen Probleme bei Feuerwehr, Polizei, Justiz und LABO machen können.

DP: Herr Schreiber, wie bewerten Sie die aktuelle Sicherheitssituation?

Schreiber: Mit Blick auf den Terrorismus befinden wir uns auf Alarmstufe Rot. Deutschland ist Ziel- und Rückzugsraum, steht deutlich im Fokus. Wir haben Rückkehrer, die aus Kriegsgebieten kommen, und sogenannte islamistische Gefährder. Der Vorfall Rafik Y. aus Spandau hat deutlich gemacht, vor welchem Problem wir stehen. Ich bin für die Einrichtung einer Spezialeinheit im Bereich Islamismus und Terrorismus.

DP: Der Terrorismus ist aber nicht das einzige Problem ...

Schreiber: Wir brauchen nur in die polizeiliche Kriminalitätsstatistik für 2015 zu schauen, die Zahl der Straftaten wächst weiter. Wir brauchen daher effizientere und schnellere Lösungen. Wenn wir jetzt mehr Personal einstellen, haben wir die Leute in drei Jahren im Dienst. Die großen Probleme haben wir jetzt – etwa bei der Organisierten Kriminalität und beim Extremismus von rechts und links. Hinzu kommt, dass für viele Personen der Mensch in Uniform nichts mehr zählt. Mehr noch: Bei Unfällen gibt es Schaulustige, welche die Arbeit behindern und sogar Festgenommene wieder befreien.

„Berlin braucht einen Polizeibeauftragten“

DP: Ist das eine Folge des Vertrauensverlustes in die Polizei?

Schreiber: Es ist die Frage, was nach außen hin transportiert wird. Die Gesellschaft hat sich verändert, ist polarisierter, es werden Halbwahrheiten verbreitet. Berlin braucht einen Polizeibeauftragten, der nach innen auf die Behörde einwirkt und nach außen Beschwerden nachgeht. Gemeinsame Gespräche können helfen. Wir brauchen deshalb breitere Präsenz, An-



Tom Schreiber

Foto: SPD

sprechbarkeit und wieder mehr KOBBS.

DP: Wo müsste nachgerüstet werden?

Schreiber: Niemand möchte Polizisten, die wie Robocop aussehen, aber wir brauchen alles, was zum Eigenschutz nötig ist. Das Wichtigste ist derzeit, dass die Beamtinnen und Beamten mit modernen Handfeuerwaffen ausgestattet werden. Damit einher geht die zügige Sanierung der Schießstände. Außerdem muss die bestmögliche Schutzweste gestellt werden. Taser und Bodycams sollte man probeweise testen. Eine Ausweitung des Strafrechts wird zu Recht bundesweit diskutiert. Das sind alles keine Allheilmittel für mehr Sicherheit, aber sie können womöglich helfen.

„Wir brauchen eine schonungslose Aufklärung“

DP: Bei den Schießständen brauchen wir nicht nur Investitionen ...

Schreiber: Korrekt. Wir brauchen eine schonungslose Aufklärung der Versäumnisse in den letzten Jahren – unabhängig von Dienstgraden und -jahren. Momentan entsteht der Eindruck, dass nicht alles dafür getan wird, die Karten bis zum 18. September auf den Tisch zu legen. Es ist verheerend, wenn auf parlamentarische Anfragen ausweichend geantwortet wird. Wir brauchen eine externe Prüfung, die diese Vorwürfe lückenlos aufklärt. Im Notfall muss hier ein Untersuchungsausschuss gebildet werden.

DP: Berlin verfügt derzeit über etwas mehr als 16 000 Polizisten, wie bewerten Sie das?

Schreiber: Zur Ehrlichkeit gehört, dass wir hier wie überall massiv gekürzt haben. Wir merken deutlich, dass das Personal bei Polizei und Feuerwehr hinten und vorne nicht reicht. Wir müssen in Tausendern rechnen und das Problem in der nächsten Wahlperiode in den Griff bekommen. Wir sollten auch Angebote bei der Bezahlung machen. Die Mieten steigen, die Lebenshaltungskosten auch, die Belastung ohnehin. Gerade junge Beamte wollen planen. Dass man sechs Wochenenden durcharbeiten muss, keine Zeit für die Familie hat – das geht nicht.

„Es sterben in Berlin Menschen, weil der RTW nicht kommt“

DP: Wo sehen Sie bei der Feuerwehr Ansatzpunkte?

Schreiber: Wir müssen deutlich darüber reden, dass täglich Menschen versterben, weil die Rettungswagen ihre Schutzziele nicht einhalten. Das ist dem Umstand geschuldet, dass wir zu wenig Personal, RTWs und RTW-Standorte haben. Wir dürfen nicht nur das Nötigste machen, sondern müssen modern aufstellen und ausrüsten. In jedem Fall benötigen wir mehr Wasserrettung und Höhenretter. Hier darf nicht erst gehandelt werden, wenn etwas passiert, sondern sofort.

DP: Was würde Tom Schreiber mit 100 Millionen für die Innere Sicherheit tun?

Schreiber: Wir brauchen das Geld beim LABO, bei der Passausstellung und bei der Zulassungsstelle. Wir müssen Perspektiven schaffen und generell die Ausbildung attraktiver gestalten. Freie Heilfürsorge würde nicht mal eine Million kosten. Schutzkleidung ist ein Bereich, der verbessert werden muss. Ich würde eine vierte BPA einrichten, um die Polizeiabschnitte zu entlasten. Eine zweite Taucherguppe kostet etwa 1,3 Millionen, sie ist dringend nötig. Investitionen und Verbesserungen sind auch beim Zentralen Objektschutz (ZOS) wichtig. Zusätzlich kann hier die Ausbildung erhöht werden, um dann aus diesem Pool die Abschnitte zu bestücken. Wir brauchen letztlich einen Masterplan für die Innere Sicherheit und müssen vom Legislaturdenken wegkommen.



Impressionen des GdP-Balls 2016



Kerstin Philipp eröffnet zusammen mit Ballorganlsatorin Jenny Errerd die feierliche Veranstaltung des Landesbezirktes.



Das ESTREL war gut ausgefüllt.



Unter den fast 1000 Gästen fanden sich Kolleginnen und Kollegen, geladene Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Journalismus.



Burkhard von Walsleben (Vorsitzender der Volker-Reitz-Stiftung zu Berlin) mit seiner Frau Verena.



J. J. FETZER sorgte samt Ensemble für stimmungsvolle Unterhaltung auf der Bühne.

Die Landesvorsitzende Kerstin Philipp und Mitglieder der JUNGEN GRUPPE begrüßen GdP-Neuling Benedikt Lux (B90/Die Grünen).





Ein stiller Elvis aus Stars in Concert zog das begeisterte Publikum in seinen Bann.



Der Musicalstar ließ Rockklassiker wie „In the ghetto“ und „Viva Las Vegas“ neu aufleben.



Zahlreiche Gäste schwangen für mehrere Stunden das Tanzbein.



Stephan Kelm, Geschäftsführer der GdP Service GmbH Berlin, mit seiner Lebensgefährtin Katja.

Wir sehen uns beim

GdP-Sommerfest

4. Juni 2016

14:30 bis 19:00 Uhr

ALTE PUMPE

Lützwowstraße 42
10785 Berlin

Live-Musik mit der
**Combo des
Polzeiorchesters BB**

und der Coverband
„Hundertzehn“

- Freier Eintritt für Mitglieder und deren Familien
- Politiker-Talk
- Kinderprogramm
- Getränke-Bons für Mitglieder
- Kuchenbuffet und Leckerem vom Grill



**Gewerkschaft
der Polizei**
Berlin

GdP Gewerkschaft der Polizei · Landesbezirk Berlin

Tel. (030) 21 00 04-0 · Kurfürstenstraße 112 · 10787 Berlin · www.gdp-berlin.de · gdp@gdp-berlin.de

Kein scharfer Schuss – Einsatztraining wie auf der Playstation

Ein Beamter der Direktion 3 betritt den Schießstand an der Kruppstraße. Die Freude ist ihm anzusehen, auch nach der einstündigen Schießübung noch. Das erste Mal seit fast drei Jahren hat er wieder aus einer richtigen Waffe geschossen. Drei Jahre, in denen der Abschnittsbeamte aus Wedding kein richtiges Schießtraining absolvieren konnte.

Zuletzt hatte der Kollege bei der BePo geschossen, kurz bevor die Anlage an der Bernauer Straße geschlossen werden musste. „Wir konnten dort dann nur noch per Laser schießen. Das ist doch kein echtes Training.“ Eine Situation, die wenig tragbar ist, aber ganz Berlin betrifft. Ähnliche Kommentare hören die Einsatztrainer in diesen Wochen immer wieder. Seit Mitte März ist der Schießstand an der Kruppstraße wieder in Betrieb. Somit stehen der Hauptstadt 36 Echtschussbahnen zu Verfügung – immer noch viel zu wenige für alle. Reihenweise fielen Termine aus, weil Schießstände geschlossen werden mussten. Die Behörde vertraut auf die Alternative – das Lasertraining.

Laserschießen kann kein Ersatz sein

Das Schießen in den Simulations-schießanlagen sollte als vorübergehender Ersatz erhalten. Heute findet ein großer Teil des Trainings auf Laserschießbahnen statt. Der Schießkeller in der Kruppstraße wurde aufgrund baulicher Mängel Anfang 2009 geschlossen. In Ermangelung anderer Schießstandkapazitäten blieb der Dir 3 nichts anderes übrig, als auf die vorhandene Laseranlage zurückzugreifen, um weiterhin ein regelmäßiges Schießtraining innerhalb der für jeden Mitarbeiter verpflichtenden integrierten Fortbildung anzubieten.

Den Vorschriften entsprach das nicht, die Behördenleitung zeigte sich aber flexibel, wenn es um deren Anwendung ging. Ab Mai 2009 galt die Ausnahmegenehmigung, das Schießen in der Simulationsanlage durchzuführen und das, obwohl die Direktionsleitung

mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass weder die baulichen Gegebenheiten noch die Simulation mit den ungefährlichen Laserwaffen ein einsatzbezogenes Schießtraining ermöglichen. Das wäre laut vielen Kollegen sogar in den heimischen vier Wänden auf der Playstation besser simulierbar. Dieser Zustand hat sich mittlerweile fest in den Gedanken manifestiert. Niemand flucht mehr über die Zustände, die unrealistische Akustik, den nicht vorhandenen Rückstoß. Übungen in der Laseranlage werden mit stoischer Gelassenheit absolviert. Niemand fällt durch.

Ohne Laserschuss wären viele Beamte die Waffe los

Laut Geschäftsanweisung muss jeder Waffenträger einmal im Jahr Grundlagen- und Kontrollübungen mit der Pistole erfolgreich meistern. Es geht hier ums Schießen unter einsatzmäßigen Bedingungen. In den Übungen soll der Umgang in Verbindung mit anderen Einsatzmitteln sowie in Bewegung trainiert werden. Die Realität sieht längst anders aus. Wenn man zu den Glücklichen gehört und einen Termin zum scharfen Schuss erhält, erfolgt eine statische Überprüfung. Man bekommt die MP in die Hand gedrückt und darf zwei, drei Magazine verschießen. Viele aber kommen nicht mal in diesen Genuss, bewältigen die Übungen dank Ausnahmegenehmigung in den Laseranlagen. Hätte es diese im letzten Jahr nicht gegeben, wären viele Vollzugsbeamte die Waffe bereits los. Die

Auswirkungen für die Abschnitte kann sich jeder ausmalen.

Technische Probleme auf Berlins modernstem Schießstand

In der Kruppstraße ging man zunächst von einer einjährigen Bauzeit aus. Im September 2013 wurde der Schießstand endlich eröffnet, als modernster Berlins. Die anfängliche Freude, nun richtiges Einsatztraining anbieten zu können, währte nicht lange. Weil andere Schießstände ebenfalls geschlossen werden mussten, kamen erst Kolleginnen und Kollegen der Dir 6, dann die der Dir 1 und später auch die der ZA in die Kruppstraße. Dadurch, dass zwischenzeitlich auch die Ausbildung hierher verlagert wurde, fuhren Beamte und Beamtinnen der Dir 3 nach Wannsee. Wenige Tage später war hier ebenfalls Zapfenstreich – Schadstoffbelastung.

Durch die hohe Auslastung machte dann auch der modernste Schießstand immer wieder Probleme. Mal kaputierte die Lüftung, mal die Reflexionsfolie, mal der Beamer. Die Probleme gibt es bis heute. Gelegentlich sind nur zwei der drei Bahnen nutzbar, weil ab und zu mal die Treffererkennung nicht funktioniert oder die Papierrolle aufgebraucht ist. Von der monatelangen Schließung um den Jahreswechsel wegen technischer Probleme möchte man gar nicht reden.

Im Jahr 2016 werden viele Polizisten nicht scharf schießen

Allein in der Dir 3 haben rund 1500 Vollzugsbeamte in diesem Jahr noch nicht scharf schießen können. Selbst bei durchgehender Nutzung werden einige 2016 keinen echten Schuss mehr abgeben. Die Situation lässt sich wie eine Schablone auf die anderen Direktionen überstülpen. So wird auch in diesem Jahr die Laseranlage dafür sorgen, dass die Kolleginnen und Kollegen weiterhin berechtigt sind, eine Waffe zu tragen. Bereits Anfang April blieb der Schießstand Kruppstraße wegen Lüftungsproblemen wieder für eine Woche geschlossen.

Jacqueline Jochens und Oliver Kuzniak



In der Kruppstraße wird oft nur per Laser geschossen.
Foto: Jacqueline Jochens



Causa Schießstände – Kein Ende in Sicht

Welchen Gesundheitsgefahren wurden unsere Kolleginnen und Kollegen auf den Schießständen ausgesetzt? Wer hat was und wie lange verheimlicht? Es sind Fragen, die derzeit brennend interessieren. Die Betroffenen haben Antworten verdient, doch nach wie vor scheint ihnen diese niemand geben zu wollen.

Die Probleme reißen nicht ab. In Ruhleben kam es am 19. Februar sowie dem 8. und dem 22. März zu vorübergehenden Ausfällen des Schießtrainings, weil die Lüftung nicht funktionierte, am 5. April musste das Training in Wannsee abgebrochen werden. Das erleben die Einsatztrainer auch regelmäßig auf Berlins modernstem Schießstand in der Kruppstraße. Dieser wurde nach längerer Schließung am 16. März wieder aufgemacht. Bereits am Montag darauf kapitulierte die Trefferkennung. Immer wieder behindern technische Probleme den geplanten Ablauf. Derzeit wird in derartigen Fällen zumindest gut reagiert, wie das neueste Beispiel vom 30. März zeigt. Wieder gab es Probleme mit der Lüftungsanlage, dieses Mal mit den Zuluftfiltern. Die LaKoS rückte an, sperrte den Schießstand. Resultat: Eine Woche kein Schießtraining.

Zwischenbericht ohne Aussagekraft

Polizistinnen und Polizisten wissen längst, dass das nicht immer so war. Die jahrelangen Versäumnisse wurden durch die Medien publik. Eine lückenlose Aufdeckung ist bis heute nicht erfolgt. Polizeipräsident Kandt hat im Oktober vergangenen Jahres die Interne Revision damit beauftragt, die Situation genau unter die Lupe zu nehmen, alles aufzudecken, was lange unter den Tisch gekehrt wurde. Jetzt liegt ein erster Zwischenbericht zur anlassbezogenen Sonderprüfung im Zusammenhang mit möglichen Gesundheitsbeeinträchtigungen von Polizeidienstkräften bei der Nutzung von Schießständen durch die Polizei Berlin vor. Wirklich aussagekräftig ist er nicht.

Im 24 Seiten starken Schriftstück – sämtliche Anlagen liegen bei der Staatsanwaltschaft, weil unter dem Aktenzeichen 246 UJs 358/15 ein

Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen § 27 ChemG i. V. m. GefStoffV, § 224, 226, 340 StGB – steht vieles, was wir schon wussten. Bereits beim Punkt Vorbeurteilungen ist notiert, dass eine vollständige Umsetzung des Prüfauftrages nicht möglich war, weil Aufbewahrungsfristen der Gutachten abgelaufen sind, teilweise gar keine Akten mehr vorhanden waren und es im Verlauf der zu betrachtenden zwei Dekaden (1996–2015) zu wechselnden innerbetrieblichen und externen Zuständigkeiten kam. Die Interne Revision, die sicher ihr Bestmögliches zur Aufdeckung beiträgt, räumt selbst ein, dass eine hundertprozentige Darstellung der zu klärenden Fragen nicht möglich ist. Wir wissen alle, was das bedeutet. Einmal mehr wird deutlich, dass es einer externen Untersuchung bedarf, um Vertrauen innerhalb der Behörde und nach außen wiederzugewinnen.

Unübersichtliche Aktenlage

Insgesamt wurden 380 Gigabyte an Datenmaterial gesichert. Untersucht wurden sämtliche Gutachten zu den einzelnen Schießständen, die von der Berliner Polizei genutzt werden. Interessanterweise beschreibt eine Untersuchung eine Anlage, die bisher niemandem so wirklich bekannt war. Für die Liegenschaft in der Pablo-Picasso-Straße (A 61) wurde 2005 auf eine Konzentration von Holzschutzmitteln im Bereich des Schießstandes hingewiesen. Nach Informationen der LaKoS wurde der früher von der Volkspolizei genutzte Stand nach 1990 nicht mehr zum Training verwendet. Ob folglich dort nicht doch jemand geschossen hat, kann niemand offiziell bestätigen. Dieser Fall steht beispielhaft für die vollkommen unstrukturierte Organisation und Dokumentation der Berliner Schießstände. Immer wieder tauchen in irgendwelchen Kellern neue Dokumente auf. Niemand weiß, ob sie der Wahrheit entsprechen. Teilweise wurden Unterlagen mehrfach zugeliefert, aus unterschiedlichen Quellen. Es gibt differierende Gutachten, wegen denen jetzt wegen Urkundenfälschung ermittelt wird und die zusätzliche Fragen aufwerfen. Auch ein Grund, warum sich die Interne Revision für eine zentrale Organisation und Dokumentation aller Schießstände ausspricht.

Keine Kausalität nachweisbar, medizinische Studien notwendig

Zusammen mit dem BDK wurde eine Liste potenziell Betroffener zusammengestellt. Von den 1532 Namen – die reale Anzahl dürfte den Wert deutlich übersteigen – traf man auf 89 Personen mit Indizien für eine gesundheitliche Schädigung. Sechs potenziell Betroffene sind an Krebs erkrankt. Sie gehören nicht zu den insgesamt notierten 64 Dienstunfallanzeigen im Zusammenhang mit Schießständen. In fünf Fällen wurde zunächst eine durch Schießstand-Belastung entstandene Erkrankung vermutet. Eine Kausalität zwischen Erkrankung und Schießstand konnte schlussendlich nicht hergestellt werden. Auf welche Stoffe letztlich untersucht wurde, ist derzeit nicht bekannt. Es ist aber durchaus interessant, dass knapp zwei Dutzend Kolleginnen und Kollegen sich auf eigene Kosten an der Charité untersuchen lassen haben. Ihr Blut wurde auf 14 Schadstoffe getestet. Die Antimon-Konzentration überstieg den normalen Wert teilweise um das 60-fache, ist nach Erkenntnis der Experten in diesem Umfang nicht in der normalen Umgebung aufnehmbar. Klar ist, dass es ohne medizinische Studien keine klaren Antworten geben wird. Eine Beweislastumkehr scheint notwendig. Demnach müsste der Dienstherr nachweisen, dass die Erkrankung nicht durch die Schießstände entstanden ist.

Sinnvolle Vorschläge der Internen Revision

Neben der zentralen Dokumentation schlägt die Interne Revision auch eine arbeitsmedizinische Angebotsvorsorge vor. Bei derzeit knapp 17 000 Dienstkräften, die ins Schießtraining eingebunden sind, würde das etwa sechs Millionen Euro kosten (350 Euro je Person). Ein weiterer Aspekt wäre ein Schießstandbeauftragter der Polizei Berlin. Neben der Koordination könne dieser intern als auch extern als Ansprechperson fungieren. Es sind Ideen für die Zukunft, mit denen die Versäumnisse der Vergangenheit sowie die aktuellen Probleme freilich nicht gelöst werden.

Benjamin Jendro



WIR GRATULIEREN



**Kummer sei lahm! Sorge sei blind!
Es lebe das Geburtstagskind!**

Theodor Fontane (1819 - 1898)

Geburtstage

80 Jahre

Horst Graap, Dir 2
Klaus Holznagel, Dir 2
Wolfgang Suhrbier, Dir 2
Manfred Zahlten, Dir 2
Peter Siebenbaum, Dir 3
Trauta Wolf, Dir 3
Dietrich Hebenbrock, Dir 4
Klaus Wunsch, Dir 4
Gisela Schulz, Dir 5
Wolfgang Kemnitz, Dir 6
Hagen-Vilmar Plicht, Dir ZA
Hans-Joachim Lütke, LABO
Joachim Schulze, ZSE
Klaus Strehlow, ZSE

85 Jahre

Elfriede Griephan, Dir 3
Hugo Herrmann, Dir 6
Harald Kothe, Dir ZA
Bodo Cibis, ZSE
Eva Fleischer, ZSE
Wolfgang Grawunder, ZSE

90 Jahre

Margarete Martin, Dir 2
Heinz Plonske, Dir 5
Otto Seeger, Dir 6
Kurt Hartmann, LABO

Ursula Schremm, LABO
Hanna Tröger, ZSE

91 Jahre

Edeltraud Braun, Dir 1
Paul Nitz, Dir 2
Käthe Puhmann, Dir 2
Ingeborg Sedat, Dir 2
Heinz Buchta, Dir 3
Heinz Rabsch, Dir 3
Helga Schnaut, Dir 6 ZSE

92 Jahre

Guenter Lettau, Dir 3

93 Jahre

Hildegard Kolnitz, Dir 1
Ursula Mollnau, LKA

95 Jahre

Elfriede Feldmann, LABO

96 Jahre

Annelies Schulz, Dir 5

99 Jahre

Hans Brederlow, LKA

101 Jahre

Ella Schulz, ZSE

103 Jahre

Heinz Naumann, LABO

Jubiläen

25 Jahre

Mike Herrmann
Richard-Denis Moore

40 Jahre

Hannelore Klußmann
Manfred Neumann
Harald Schlange
Martin Schröder
Ingetraud Swakowski

50 Jahre

Dieter Bleschke
Jürgen Freitag
Günter Glimm
Hannelore Kraska

60 Jahre

Olaf Buelow
Herbert Gocht
Dietrich Hebenbrock
Irmgard Hein
Albert Hinz
Dietrich Klaus
Joachim Loth
Dieter Matthews
Horst Ragutze
Wolfgang Richter
Günter Schnall
Joachim Stepien
Manfred Westerkowsky
Joachim Wolter

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit rund 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

Nachrufe

Klaus-Dieter Schulz, 64 Jahre, Dir 2
Horst Zimmermann, 85 Jahre, Dir 3
Günter Butzchen, 75 Jahre, Dir E
Heinz Mruß, 89 Jahre, Dir E
Detlef Otto, 56 Jahre, Dir E
Hans-Dietrich Pütz, 83 Jahre, Dir E
Hubert Weigelt, 78 Jahre, Dir E
Gisela Hanings, 83 Jahre, ZSE
Helmut Wittig, 91 Jahre, ZSE und
Uwe Dennhof, 50 Jahre, BF



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 4

Bezirksgruppenversammlung
GdP-Treffen Direktion 4
 Thema: Zeit für ein Update unserer Einsatzmittel
 am **10. Mai 2016 (Dienstag)**
 um: **16.00 Uhr**
 in: **12247 Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 55**
 Ort: **Restaurant „Adria-Grill“ (Veranstaltungsort)**

Einsatzstock, Body-Cam, Taser – Diskussion über PRO und CONTRA neuer möglicher Einsatzmittel

Unser Gast: Roger Walczak
 Direktion 4 Stab 1 ET

Dir 5

Dienstag, **7. Juni 2016**, 16 Uhr, Restaurant „Im Hufeisen“, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6

Donnerstag, **26. Mai 2016**, 16 Uhr, Kantine der Direktion 6, Poelchaustraße/Märkische Allee, 12681 Berlin. Interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen.

Dir E

Dienstag, **7. Juni 2016**, 16 Uhr, Restaurant „Golden Goal“, Onkel-Tom-Straße 52, 14169 Berlin (Nähe U-Bhf. Onkel-Toms-Hütte).

Senioren

Dir 2

Dienstag, **3. Mai 2016**, 15:30 Uhr, „Seniorenklub Südpark“, Weverstraße 38, 13595 Berlin. Nachfragen unter Tel.: 0 30 92 12 43 97 bei Regina Geisler.

Dir 3

Dienstag, **3. Mai 2016**, 16 Uhr, Lokal „FRABEA“, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

Dir 4

Mittwoch, **11. Mai 2016**, Restaurant „Adria-Grill“, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Dir 5

Dienstag, **7. Juni 2016**, 14 Uhr, Restaurant „Im Hufeisen“, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6

Tagesseniorenbusfahrt am Mittwoch, den **18. Mai 2016**, nach Warnemünde, Kosten: 40 Euro pro Person, Programm: Abfahrt: 7:45 Uhr, Berlin Ostbahnhof, Koppenstraße, mit der MS BALTICA eine Hafenrundfahrt und Ostsee-Mini-Kreuzfahrt (2 Stunden) bei maritimer Musik. Anschließend Stadtbummel rund um den „Alten Strom“, Möglichkeit zum Besuch von maritimen Lokalitäten und „Fischbuden“. Die Rückfahrt erfolgt gegen 16 Uhr. Teilnehmen können Mitglieder der Direktion 6 mit Partner, Bekannte und Mitreisende anderer Seniorengruppen. Maximal können 49 Personen mitreisen, wer zuerst bucht ist dabei!

Informationen bei H. Meyer unter 0 30 9 37 40 80 (AB), Einzahlungen auf das Konto der Bezirksgruppe der Direktion 6, IBAN: DE04 1009 0900 1128 1326 00, BIC: GENODEF1PO1, Verwendungszweck: Warnemünde und Name der Teilnehmer.

Das nächste Kegeln findet am Dienstag, dem **17. Mai 2016**, um 16 Uhr im Sportcasino des KSC, Wendenschlossstraße 182 in 12557 Berlin statt.

LABO

Mittwoch, **18. Mai 2016**, 15 Uhr, Restaurant „Yasmin“, Wilhelmstraße 15-16, 10963 Berlin.

LKA

Dienstag, **3. Mai 2016**, 15 Uhr, findet unsere Versammlung im „Gasthaus Koch“ in 12203 Berlin, Friedrich-Wilhelm-Straße 68/Ecke Friedrich-Franz-Straße statt. Uns besucht Kollege Heiko Glawe, Regionsgeschäftsführer der

Region Berlin im Deutschen Gewerkschaftsbund und gibt uns „Informationen über TTIP“.

Dienstag, **17. Mai 2016**, starten wir vom Hauptbahnhof um 8:35 Uhr zu unserem Tagesausflug nach Cottbus. Der Ausflug beinhaltet einen Stadtrundgang und einen Besuch im Wendischen Haus. Gegen 18:20 Uhr werden wir wieder am Hauptbahnhof eintreffen. Anmeldung erforderlich!

Vorankündigung:

Dienstag, **7. Juni 2016**, 15 Uhr, Versammlung im „Gasthaus Koch“ – „Öffentlicher Nahverkehr, heute und morgen“ – Herr Gerd Huwe, Bezirks- und Zielgruppenmanager bei der BVG, informiert.

Dienstag, **21. Juni 2016**, 10:30 Uhr – Besichtigung der Sicherheitszentrale und des Museums der Firma SECURITAS – Anmeldung erforderlich, da begrenzte Teilnehmerzahl!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: 0 15 25 6 10 35 27 (gdp-phone) oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 0 30 7 45 13 53.

ZSE

Dienstag, **31. Mai 2016**, Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

Der besondere Tipp

Der Polizei Chor Berlin e. V. lädt am 21. Mai 2016 zum Frühlingskonzert ein. Die Veranstaltung beginnt 16 Uhr im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz 1, 12353 Berlin. Der Einlass beginnt um 15:30 Uhr. Der Chor findet Unterstützung durch die Sängerinnen und Sänger des Gemischten Chors der Berliner Polizei.

Die Kooperation garantiert ein buntes Programm der vielfältigsten melodischen Kompositionen. Neben der freundlichen Werbung in Richtung Bevölkerung geht es vor allem auch darum, zu zeigen, mit welcher schöner Freizeitbeschäftigung sich Beamte und Beamtinnen von der dienstlichen Belastung erholen.

Mehr Informationen:

www.polizeichor-berlin.de



Mehr Rente für DVP-Kollegen möglich

Während der Zugehörigkeit zur Deutschen Volkspolizei (DVP) erhielten diejenigen, die nicht an der Vollverpflegung teilgenommen hatten, Verpflegungsgeld. Ein Kollege beantragte jetzt die Feststellung, dass das ihm während der Zugehörigkeit gezahlte Verpflegungsgeld Entgeltbestandteil war, somit bei der Berechnung der Rente ebenfalls Berücksichtigung finden sollte. Er hat Recht bekommen.

Als Angestellter der DVP gehörte er zu einem Sonderversorgungssystem und unterfiel dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Der Polizeipräsident hat gemäß seiner Verpflichtung die jährlich erzielten Entgelte der Deutschen Rentenversicherung für die Berechnung der Rente gemeldet, aber das Verpflegungsgeld nicht mit einbezogen. Nach seiner Rechtsauffassung habe es sich nicht um Arbeitsentgelt gehandelt. Vielmehr sei es eine sozialpolitische und fürsorgliche motivierte Zahlung gewesen, die u. a. die Einsatzbereitschaft der Dienstkräfte durch bessere Verpflegung erhöhen sollte. Nachdem

der Kollege bereits vor dem Verwaltungsgericht unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundessozialgerichts (Urteil vom 30. 10. 2014, Az.: B 5 RS 2/13 R) Recht bekommen hat, entschied jetzt auch das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg (Urteil vom 24. 2. 2016, Az.: L 16 R 649/14) zu seinen Gunsten. Aufgrund der Recherche engagierter Kollegen konnten wir in dem Verfahren einen Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über die Einführung von Wohnungs- und Verpflegungsgeld von 1960 und dessen Begründung vorlegen. Auch hieraus wurde der Entgeltcharakter deutlich.

Kolleginnen und Kollegen der DVP schlechter bezahlt

Seinerzeit bestand eine hohe Fluktuation in der Polizei, die durch die Erhöhung des Entgeltes beendet werden sollte. Die Kollegen der DVP waren hinsichtlich des Verdienstes anderer bewaffneter Organe bzw. gegenüber der Wirtschaft schlechtergestellt. Viele quitierten aus diesem Grund den Dienst. Zudem sollte die Angleichung der Gehälter sich positiv auf die Qualifizierung des Kaderbestandes auswir-

ken. Das LSG folgte damit der Argumentation zum Entgeltcharakter des Verpflegungsgeldes. Eine Revision gegen das Urteil wurde nicht zugelassen, kann aber durch das BSG nach einer entsprechenden Beschwerde zugelassen werden. Die Erfolgsaussichten schätzte das LSG als sehr gering ein.

Überprüfungsantrag stellen und Besoldungsnachweise sichern

Die Kollegen, die noch keinen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X beim Polizeipräsidenten gestellt haben, sollten das unbedingt tun und Besoldungsnachweise sichern. Die Zeiträume, in denen das Verpflegungsgeld gezahlt wurde bzw. die entsprechende Höhe, müssen belegt werden. Das Verpflegungsgeld wurde in unterschiedlicher Höhe gezahlt und nur dann, wenn keine Vollverpflegung erfolgte. Soweit Verfahren vor den Sozialgerichten anhängig sind, werden diese nach dem derzeitigen Stand erfolgreich sein. Sollten Rückfragen bestehen, steht Ihnen Rechtsanwalt Thomas Woelke gerden jeden Dienstag von 14 Uhr bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle (Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin) zur Verfügung.

Zwei Männer, ein Plan, ein Weg

Andreas Trölsch – Die Wanderung



Geboren 1966, Dipl.-Verwaltungswirt, Cartoonist und Zeichner der Figur Kommissar Emmes, Blogger sowie Buchautor und seit 30 Jahren bei der Berliner Polizei.

Zwei Berliner Polizisten wandern über die schroffen Pässe der französi-

schen Pyrenäen. Auf der Suche nach körperlicher Herausforderung biwakieren sie im Freien, bei Regen und Kälte. Sie tragen ihre Last nicht nur in ihren Rucksäcken, sondern auch tief in ihren Gedanken. Sie sind zwei Urgesteine des MEK, scheinbar auf dieser Dienststelle gestrandet. Auf ihrer Wanderung durch die raue Landschaft sind sie in Gedanken oft zu Hause, bei den Kollegen, ihren Familien, ihren Problemen. Cartoonist „Trölle“ – Andreas Trölsch vom LKA – kann offenbar nicht nur exzellente Karikaturen zeichnen. Er hat sich mit diesem Buch auch er-

folgreich als Schriftsteller betätigt. Diese Wegbeschreibung fesselt von Anfang an. Entwicklungen im Alltag der Berliner Polizeibeamten werden genauso plastisch beschrieben wie die Wanderung mit all ihren Höhen und Tiefen: Nachdenkliches, Bekanntes, mitunter sehr Privates und ausgesprochen Humorvolles.

So ist es nicht nur die Wanderung zweier Naturburschen, sondern eine Wanderung auf den verschlungenen Pfaden ihres doch sehr speziellen Polizistenlebens über die Jahre.

Arne Wabnitz

Geschäftsstelle des Landesbezirkes

Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 030 210004-0
Mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de
www.gdp.de/Berlin

Bürozeiten

Montag bis Donnerstag
9:00 bis 15:00 Uhr
Freitag
9:00 bis 14:00 Uhr

GdP Service GmbH Berlin

Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 030 210004-0
Mail: info@gdp-service.berlin
www.gdp-service.berlin

